



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Anna Schwamberger, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Benjamin Adjei, Dr. Markus Büchler, Gülseren Demirel, Kerstin Celina, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Florian Siekmann, Jürgen Mistol, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Hans Urban, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Gute Ganztagesbildung jetzt sichern – Ausbau beschleunigen – auf Qualität setzen II: die Nutzung der Finanzausgleichsmittel, der Basismittel und der Bonusmittel für den beschleunigten Infrastrukturausbau aus dem Ganztagesförderungsgesetz in Bayern jetzt transparent machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Ausschüssen für Bildung und Kultus sowie für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zu berichten und bezüglich der Nutzung der Finanzausgleichsmittel (Art. 4 § 1 des Ganztagesförderungsgesetzes – GaFöG), der Basismittel und der Bonusmittel für den beschleunigten Infrastrukturausbau aus dem Ganztagesförderungsgesetz (Art. 3 Nr. 1 des GaFöG) in Bayern Transparenz zu schaffen.

Begründung:

Im Ganztagesförderungsgesetz des Bundes sind für die Jahre 2020 und 2021 Sondermittel aus drei verschiedenen Töpfen vorgesehen, die den Bundesländern zur Entlastung und zur Beschleunigung des Ausbaus der Ganztagesbildung zur Verfügung gestellt worden sind. Wir erbitten einen ausführlichen Bericht über deren Nutzung in den beiden damit befassten Ausschüssen.

Das Zusammenwirken vieler Akteursgruppen und auch unterschiedlicher politischer Ebenen ist notwendig, um gute, kindgerechte, inklusive und bedarfsgerechte Ganztagesbildung in Bayern zu ermöglichen und die Chancen, die sich daraus für Kinder, Familien und die Gesellschaft ergeben, auch zu ergreifen. Ein erster Schritt ist Transparenz über die gegenwärtigen Vorhaben der Regierung und Beteiligung an zukünftigen Planungen.